

A34 Defensive Architektur – weniger stacheln, mehr Herz

Gremium: Jusos Erfurt

Beschlussdatum: 21.08.2026

Antragstext

Sogenannte "Defensive" oder Feindliche Architektur schränkt in vielfältiger Weise und an unterschiedlichsten Orten vor allem in Innenstädten die Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit der Bürger:innen sowie die Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Infrastruktur stark ein.

Mit Spitzen besetzte Freiflächen, Bänke mit übermäßig vielen Armlehnen und weitere Formen "Defensiver" Architektur sind bewusst gewählte Designs, die dazu dienen, den Aufenthalt an Orten öffentlichen Lebens ungemütlicher zu machen oder politisch unerwünschte Nutzungsformen zu verhindern. Sie schließen gezielt Bevölkerungsgruppen, insbesondere wohnungslose Personen, von der Nutzung öffentlicher Flächen und folglich auch aus der öffentlichen Wahrnehmung aus.

Vorwände, wie etwa älteren Mitbürger:innen die Nutzung öffentlicher Plätze zu ermöglichen oder angeblich Schäden durch Skateboarder zu verhindern, dienen dazu, die Gewalt, welche den Anwohner:innen durch diese Architektur angetan wird, zu verschleiern. Mit solchen Argumenten werden die Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt, zu Ungunsten bereits marginalisierter Teile unserer Gesellschaft.

Als sozialistischer Jugendverband wollen wir das gute Leben für alle. Die Bekämpfung von Armut und ihren Folgen gehören zu den zentralen Aspekten unserer Grundwerte. Deshalb erteilen wir diesem kapitalistischen Auswuchs der Stadtplanung und dem Ausspielen der Menschen gegeneinander eine klare Absage. Unsere Innenstädte sind keine Kaufhäuser sondern Lebensraum, sie brauchen keine Clean Aesthetic sondern inklusive und soziale Nutzungskonzepte. Wir stellen uns gegen den gezielten Ausschluss von Bevölkerungsgruppen aus dem öffentlichen Leben und ihre Verbannung aus den Zentren unserer Städte und Dörfer!

Die Jusos Thüringen fordern daher:

- Die Gliederungen und Mandatsträger:innen der Jusos Thüringen sollen auf den Abbau bestehender defensiver Architektur in den Städten und Gemeinden hinwirken.**
- Die SPD Thüringen und ihre Mandatsträger:innen positionieren sich gegen "Defensive" Architektur in ganz Thüringen. Sie setzen sich in den Kommunen dafür ein, bestehende Anlagen zu entfernen und stellen sich gegen Installationen dieser Art in neuen Bauvorhaben.**
- Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein, dass Neubauten von Anlagen "Defensiver" Architektur keine Finanzierung durch das Land oder Kommunen erhalten. Als Mittel dafür dient explizit auch die Anpassung von Förderrichtlinien.**

Antragsbegründung

Nur wenn Armut sichtbar ist, kann sich politischer Wille entwickeln, sie zu bekämpfen. “Defensive” Architektur zielt konkret darauf ab, Armut und insbesondere Wohnungslosigkeit unsichtbar zu machen. Wollen wir uns glaubhaft dafür einsetzen, Armut zu bekämpfen, muss der erste Schritt sein, Menschen jeder Herkunft und Klasse in unseren Städten zu akzeptieren, ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen.

Aber nicht nur Wohnungslose werden durch “Defensive” Architektur verdrängt und ausgeschlossen. Auch Jugendlichen, Subkultur, alternativen oder künstlerischen Nutzungsformen wird der Zugang zu öffentlichen Flächen verwehrt.

“Defensive” Architektur ist daher der Ausdruck des (politischen) Willens darüber, wer welche Flächen nutzen darf und wofür. Das ist wissenschaftlich weitgehender Konsens. Durch ihre Implementation wird unerwünschte Nutzung mit baulich manifestierten Mitteln gewaltvoll verhindert. Ungeachtet aller Kriminalitätsschwerpunkte, Unansehnlichkeiten oder angeblich drohender Beschädigungen widerspricht diese Art, die Nutzung öffentlicher Räume auszuhandeln, fundamental unserem sozialistischen Selbstverständnis als Jugendverband und auch den sozialdemokratischen Grundsätzen unserer Mutterpartei. Gewaltvolle Vertreibung kann für Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen nie das Mittel der Wahl sein.

Deshalb ist es notwendig, dass wir uns für die bauliche Inklusivität unserer Städte einsetzen, denn nur davon ausgehend können wir echte Solidarität organisieren!